

Antrag

der Abgeordneten Mehmet Yildiz, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann, Stephan Jersch, Cansu Özdemir, Christiane Schneider und Heike Sudmann (DIE LINKE)

Betr.: Betreuungsschlüssel in den Kitas verbessern

Die Personalstandards der Hamburger Kindertagesstätten liegen bundesweit am unteren Ende aller westlichen Bundesländer. Daran wird auch die Vereinbarung des SPD-Senats mit den Verbänden vom Dezember 2014 nichts ändern. Die Qualität der Betreuung muss aber dringend verbessert werden, damit nicht nur das Programm „satt und sauber“ in den Kita-Einrichtungen durchgeführt werden kann, sondern auch die Ziele der Hamburger Bildungsempfehlungen Berücksichtigung finden und die Beschäftigten gesund in die Rente gehen können.

In der wissenschaftlichen Diskussion wird von positiven Auswirkungen auf die Entwicklung des Kindes bei einer Erzieher/-in-Kind-Relation von 1:3 bei den bis zu dreijährigen beziehungsweise 1:7 bei den drei- bis sechsjährigen Kindern ausgegangen. In Hamburg wird der Schlüssel mit über 1:5 beim bundesweiten Ranking angegeben. In der Hamburger Realität sind die Krippenschlüssel sogar noch schlechter. In der Drs. 20/3417 wird vom Senat je nach Gutscheinentart ein Brutto-Betreuungsschlüssel von 1:5,7 bis 1:6,8 angegeben. Wenn die Ausfallzeiten wegen Krankheit, Urlaub oder Fortbildungen und die mittelbare pädagogische Arbeit in Form von Vor- und Nachbereitungszeiten oder Elterngesprächen mitberücksichtigt werden, liegen die realen Betreuungsschlüssel mit mindestens 1:7,6 bei den bis zu dreijährigen und mit fast 1:13 bei den über dreijährigen Kindern noch höher. Die von der Bertelsmann-Stiftung herausgegebene Studie, wie auch andere wissenschaftliche Studien, gehen von einem zusätzlich notwendigen Aufschlag von rund 25 Prozent für diese Arbeiten aus. Im Landesrahmenvertrag Ganztägige Bildung an Grundschulen (GBS) sind auch Pauschalen in dieser Höhe mit den Verbänden vereinbart worden. Was passiert, wenn diese Personalschlüssel auch 2015 weiter Bestand haben, ist in der Großen Anfrage (20/14257) der Fraktion DIE LINKE auf die entsprechende Frage zum Krankenstand in den Einrichtungen zu erkennen. Dort sind für die Vereinigung 24,4 Krankentage und für die Einrichtungen des PARITÄTISCHEN 19,57 Tage angegeben. Umgerechnet bedeutet das bei sechs Wochen Urlaub Ausfallzeiten von mindestens 21 Prozent bei der Vereinigung und mindestens 19 Prozent bei den Einrichtungen des PARITÄTISCHEN, weil die Feiertage und andere Ausfallzeiten noch nicht ausreichend berücksichtigt sind. Das liegt weit über den bundesweit berechneten 17,45 Prozent Ausfallzeiten und zeigt, dass sich schlechte Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit der Beschäftigten auswirken und die Betreuung, Bildung und Förderung der Kinder gefährden. Die ausgehandelte Eckpunktevereinbarung zwischen dem SPD-Senat und den Verbänden führt laut der Antwort auf die Frage 18. der Drs. 20/14257 selbst bei großen Kitas mit 120 Plätzen mit den vereinbarten Verbesserungen zum 1.4.2015 und 1.8.2017 zu gerade einmal 0,68 Vollzeitäquivalenten für die bis zu dreijährigen Kinder. Die Kinder über drei Jahren gehen gar leer aus.

Seit 2009 werden den Fachverbänden nun schon Verbesserungen der Personalschlüssel versprochen. In einer gemeinsamen Protokollerklärung der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz mit den Fachverbänden im

Rahmen des Landesrahmenvertrages Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen findet sich zum Beispiel so ein Hinweis. Bis heute ist weder eine Verbesserung der Personalstandards noch bei der mittelbaren pädagogischen Arbeit umgesetzt.

Ein weiteres Indiz für die ungenügende Entwicklung der Qualität in den Kitas liefert die Antwort auf die Frage 3. der Großen Anfrage nach den durchschnittlichen Leistungsentgelten. Diese sind innerhalb von zehn Jahren kaum gestiegen. Das Leistungsentgelt für einen achtstündigen Kita-Gutschein für ein bis zu dreijähriges Kind stieg um rund 27 Euro. Das deckt nicht einmal die Preis- und Tarifsteigerungen seit dieser Zeit und ist der Tatsache geschuldet, dass die CDU im Jahre 2005 die Qualität um fast 13 Prozent absenkte, um den quantitativen Ausbau der Kitas durch Qualitätsverschlechterungen zu finanzieren. Dieser Irrweg muss endlich beendet werden.

Die Fraktion DIE LINKE erkennt an, dass mit dem Projekt Kita Plus, dass ab 1. Januar 2013 eingeführt worden ist, für die Elementarkinder in den sozial benachteiligten Vierteln der Stadt eine signifikante Verbesserung der Personalschlüssel in Höhe von 24 Prozent mit den Verbänden vereinbart wurde. Diese Personalschlüssel müssen aus Sicht unserer Fraktion aber in einem weiteren Schritt auf alle Kinder übertragen werden. Für alle Kinder gilt: Gute Qualität in der Kindertagesbetreuung vermeidet langfristig hohe Folgekosten. Die Förderung ist dann besonders effektiv, wenn sie früh einsetzt. Wie beim Kita-Plus-Programm könnte ein großer Teil der Fachkräfte durch den Abbau von prekärer Beschäftigung gewonnen werden. Bei bundesweit rund 60 Prozent Teilzeitbeschäftigungsquote würden zwei positive Effekte zugleich greifen: Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten werden verbessert und die Einkommen und ihre Altersrenten werden armutssicherer gemacht.

Mit diesem Antrag wollen wir auch einen Einstieg in die Diskussion um die Weiterentwicklung in der Kindertagesbetreuung leisten. Für DIE LINKE sind die Leitlinien neben der Steigerung der Qualität in der Tagesbetreuung auch die Steigerung der Attraktivität des Berufsbildes der Erzieher/-innen und die Weiterentwicklung von Bildungsbeteiligung und Beitragsfreiheit. Diese Leitlinien stehen nicht gegeneinander, sondern bedingen sich gegenseitig. Wir treten dafür ein, da mit Verbesserungen zu beginnen, wo diese am Nötigsten gebraucht werden. Dazu ist der Senat aufgefordert, mit den Verbänden erneut zu sprechen und zu einer Vereinbarung zu kommen, die die Lage dort endlich wirksam verbessert. Dass das notwendig ist, zeigen auch die anhaltenden Proteste des Kita-Netzwerkes und die Weiterführung des Protestes am 17.3.2015 mit einer Aktion auf dem Jungfernstieg und die Vorbereitung einer Demonstration am 21.5.2015. Auch der Landeselternausschuss und die Gewerkschaften befürworten diesen Protest.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, die Personalschlüssel in der Kindertagesbetreuung um 25 Prozent für alle Kinder zum 1.8.2015 zu erhöhen.
2. Zur Umsetzung dieses Vorhabens wird der Senat aufgefordert, mit den Trägern der Einrichtungen der Kindertagesbetreuung im Rahmen der Vertragskommission Verhandlungen aufzunehmen und entsprechende Pauschalen zu vereinbaren.
3. Die Mehrausgaben werden aus dem Einzelplan 9.2., Produktgruppe 283.01 „Zentrale Ansätze“, Kontenbereich „Globale Mehr- oder Minderkosten“, Produkt Haushaltsrisiken und Budgetaufstockungen in den Einzelplan 4, Produktgruppe 25406 Haushaltstitel „Kindertagesbetreuung“ übertragen. Der Haushaltstitel „Kindertagesbetreuung“ wird für das Jahr 2015 um 23,75 Millionen Euro erhöht. Für das Jahr 2016 um 59 Millionen Euro.
4. Die Bürgerschaft ist bis zum 01.06.2015 über den Stand der Umsetzung und die tatsächlich entstehenden Kosten zu informieren.